

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Jörg Baumann

Abg. Thomas Holz

Abg. Johannes Becher

Abg. Martin Huber

Abg. Felix Locke

Abg. Christiane Feichtmeier

Staatsminister Joachim Herrmann

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)**

**Änderung der Gemeindeordnung und des Gemeinde- und Landkreiwahlgesetzes**

**hier: Einführung der Abwahl von Bürgermeistern in Bayern (Drs. 19/8937)**

**- Zweite Lesung -**

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Jörg Baumann.

(Beifall bei der AfD)

**Jörg Baumann (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Gesetzentwurf zur Einführung der Abwahl von Bürgermeistern in Bayern wurde von unserer Fraktion am 18. November 2025 als Initiativdrucksache eingebracht. Die Erste Lesung fand am 25. November 2025 statt. Heute, am 28. April, also fast fünf Monate später, wird er endlich schlussbehandelt. Das sind fünf Monate Beratung für ein Instrument direkter Demokratie, das in fast allen anderen Flächenländern längst selbstverständlich ist.

Ich nehme erst einmal Stellung zu Behauptungen, die in den Reden der Ersten Lesung aufgestellt wurden. Sie haben sich dort gegen unseren Gesetzentwurf gewehrt und behauptet, mit unserem Verfahren könnten schon 23 % der Stimmberechtigten einen Bürgermeister abwählen, während bei der Kommunalwahl angeblich über 50 % der Stimmen nötig seien. Diese Aussage ist einfach falsch; denn bei der Wahl eines Bürgermeisters nach dem Gemeinde- und Landkreiwahlgesetz und der Gemeindeordnung wird eine absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, nicht der Stimmberechtigten benötigt. Bei den letzten Kommunalwahlen in Augsburg wurde beispielsweise der Oberbürgermeister mit einem effektiven Gesamtwähleranteil von

nur 20,9 % gewählt, in Nürnberg mit nur 22,8 %. Sind diese Wahlen etwa ungültig? – Selbstverständlich nicht.

Unser Abwahlverfahren dagegen verlangt eine strenge Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen plus ein Mindestquorum von 35 % Wahlbeteiligung der Stimmberechtigten. Wer hier von Witz oder zu niedrigen Schwellen spricht, verwechselt einfach Äpfel mit Birnen und kennt offenbar weder das Wahlrecht noch die bewährten Regelungen in anderen Ländern. Genau das ist der Kern unseres Vorschlags, den wir als Artikel 34a in der Gemeindeordnung und als Artikel 42a im Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz verankern wollen. Die Bürger sollen bei gravierenden Missständen – bei Korruption, Blockaden, eklatanten Fehlentscheidungen – ihren direkt gewählten Bürgermeister auch wieder abwählen können.

Derzeit gibt es das in Bayern nicht. Der Artikel 18a Absatz 3 Nummer 4 der Gemeindeordnung schließt Bürgerentscheide über die Rechtsstellung eines Bürgermeisters explizit aus. Das ist undemokratisch. In fast allen deutschen Flächenbundesländern funktioniert das seit Jahren sehr gut, mit ähnlichen oder sogar geringeren Hürden. In Wülfershausen an der Saale gestand der CSU-Bürgermeister nach seiner Wiederwahl im März, Briefwahlunterlagen manipuliert und Stimmzettel gefälscht zu haben. Die Bürger haben keine Chance, solche "wahren Demokraten" selbst abzuwählen, und müssen darauf hoffen, wie in diesem Fall, dass er zurücktritt. Das ist demokratisch inakzeptabel.

(Beifall bei der AfD)

Unsere hohen Hürden im Gesetz – Zweidrittelmehrheit, 35%-Quorum und maximal zwei Abwahanträge pro Wahlperiode – verhindern Missbrauch. Es geht um echte Ausnahmefälle, nicht um parteipolitische Spielchen, wie sie derzeit in unserer Demokratie gang und gäbe sind. Die Stabilität der kommunalen Selbstverwaltung wird nicht geschwächt, sondern gestärkt, weil der Bürgermeister weiß, dass er dem Willen der Wähler verantwortlich bleibt und nicht einer sechsjährigen Garantiezeit. Die Koalition

redet viel von Stabilität und vom Schutz der Bürgermeister. In Wahrheit schützt sie vor allem sich selbst vor dem Willen der Bürger. Wir als AfD-Fraktion wollen keine Blockade, sondern wir wollen mehr Demokratie.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Nächster Redner ist Kollege Thomas Holz für die CSU-Fraktion.

**Thomas Holz (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren! Auch nach dem Redebeitrag von gerade eben hat sich seit der Ersten Lesung nichts an der Bewertung dieses Gesetzentwurfs geändert:

(Zuruf von der AfD: Falsche Bewertung!)

kein neuer Erkenntnisgewinn, keine neuen Argumente, nur die gleichen falschen Schlussfolgerungen. Deswegen werde ich meine Argumente aus der Ersten Lesung und auch aus der Sitzung des Innenausschusses nicht noch einmal wiederholen; denn der Gesetzentwurf bleibt das, was er von Anfang an war: ein Angriff auf die Stabilität der Kommunen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, ich spreche nicht nur als Abgeordneter, sondern auch aus über 16 Jahren eigener Erfahrung als Erster Bürgermeister. Aus dieser Erfahrung kann ich Ihnen auch sagen: Kommunalpolitik braucht Verlässlichkeit, sie braucht Planungssicherheit, und sie braucht vor allen Dingen auch Rückhalt; sie braucht aber ganz sicher kein permanentes politisches Damoklesschwert.

Die AfD behauptet, es gäbe eine demokratische Lücke. Ich sage Ihnen: Genau das Gegenteil ist der Fall. Schauen wir uns doch einmal die konkrete Ausgestaltung des Gesetzentwurfes an. Ich vergleiche nicht Äpfel mit Birnen, sondern ich sage Ihnen die Wahrheit; denn ein Bürgermeister braucht – und da sind wir uns sicher einig –,

um gewählt zu werden, die absolute Mehrheit, also über 50 %, der abgegebenen Stimmen. Jedoch – Sie haben es gerade beschrieben – genügt nach Ihrem Vorschlag für eine Abwahl die Zweidrittelmehrheit bei einem Beteiligungsquorum von 35 %. Das bedeutet rechnerisch, dass bereits 23 % der Wahlberechtigten ausreichen würden, um einen gewählten Bürgermeister aus dem Amt zu entfernen. Das ist weniger als ein Viertel der Wahlberechtigten, und das ist nicht richtig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Diese Zahl allein zeigt ziemlich genau, worum es Ihnen eigentlich geht; denn das ist alles andere als eine Stärkung der Demokratie. Vielmehr führt Ihr Vorschlag zu einer massiven Schieflage zulasten der demokratischen Legitimation.

Und dann noch etwas: Sie tun so, als ob Bürgerinnen und Bürger keine Möglichkeit hätten, auf Fehlentwicklungen zu reagieren. Auch das ist schlicht falsch. Gerade die jüngsten Kommunalwahlen haben sehr deutlich gezeigt, für manche sicher sehr bitter und auch überraschend: Nichts ist in Stein gemeißelt. Der Wähler weiß sehr genau, wie er sein Wahlrecht nutzen kann, und er nutzt es auch. Wer das Vertrauen verliert, wird abgewählt, aber zum richtigen Zeitpunkt, nämlich alle sechs Jahre bei Wahlen.

Meine Damen und Herren, was hier vorgeschlagen wird, ist sicherlich kein Instrument für Ausnahmefälle. Es ist ein Einfallstor für politische Kampagnen. Was da als Instrument gegen Missstände verkauft werden soll, ist in Wahrheit etwas ganz anderes, nämlich ein Instrument für parteipolitische Machtspiele. Ich kann Ihnen auch aus eigener Erfahrung sagen: Es ist ganz normal, dass es, wenn man Entscheidungen trifft, zu Konflikten vor Ort kommt und dass gerade unpopuläre Entscheidungen zum Amt einfach auch dazugehören.

Wenn jetzt aber nach jeder dieser Entscheidungen eine böse Abwahlkampagne droht, dann passiert doch ganz sicher eines: Entscheidungen werden gar nicht mehr getroffen, Projekte werden verzögert, und Verantwortung wird vermieden. Dann entsteht nicht mehr Demokratie, sondern Stillstand. Genau das brauchen wir doch in Zeiten wie

diesen überhaupt nicht. Im Gegenteil: Gerade in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten sollte die öffentliche Hand auch weiterhin konsequent und stabil investieren.

Eines dürfen wir in der ganzen Debatte nicht vergessen: Wir reden über Menschen, die Verantwortung übernehmen. Wir reden über Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die schon heute unter enormem Druck stehen. Sie sind zunehmend mit Anfeindungen, Drohungen und persönlichen Angriffen konfrontiert. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2025 gab es 80 Straftaten gegen kommunale Mandatsträger in Bayern. Das spricht in meinen Augen eine deutliche Sprache. Genau in dieser Situation soll ein zusätzliches politisches Druckmittel eingeführt werden. Meine Damen und Herren, das ist nicht nur falsch, sondern auch ein fatales Signal.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir, die wir schon länger in der Kommunalpolitik tätig sind, wissen, dass es immer schwieriger wird, Menschen zu finden, die sich für das an sich schöne Amt des Bürgermeisters begeistern. Wenn wir jetzt noch anfangen, die Rahmenbedingungen weiter zu verschlechtern, dann brauchen wir uns nicht wundern, wenn sich am Ende kein Mensch mehr findet, der sich bereit erklärt, auf kommunaler Ebene Verantwortung zu übernehmen.

Genau darin liegt der entscheidende Unterschied zur AfD. Die AfD setzt auf Misstrauen; wir als CSU setzen auf Vertrauen. Nicht die Schwächung der in der Kommunalpolitik Engagierten, sondern ihre Stärkung ist richtig. Nicht die permanente Infragestellung, sondern der Rückhalt ist richtig. Nicht politische Kampfinstrumente, sondern stabile und verlässliche Strukturen sind richtig. Eines ist sicher: Wenn wir weiterhin Menschen für die Kommunalpolitik begeistern wollen, dann gelingt das nur über Vertrauen und nicht mit Misstrauen, nicht mit Drohkulissen und ganz sicher nicht mit diesem Gesetzentwurf der AfD.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD)

Deshalb bleibt es wenig überraschend bei unserer klaren Haltung: Dieser Gesetzentwurf ist nicht notwendig. Er ist nicht zielführend und das völlig falsche Signal zur falschen Zeit. Wir lehnen ihn entschieden ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Der nächste Redner ist der Kollege Johannes Becher für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Johannes Becher (GRÜNE):** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Holz, zunächst einmal herzlichen Dank für die Ausführungen, denen ich mich auch als jemand, der langjährig in der Kommunalpolitik tätig ist und es genauso fühlt, wie Sie es gerade beschrieben haben, vollumfänglich anschließen kann. Ich finde auch das Timing interessant. Wir haben bis jetzt einen monatelangen Kommunalwahlkampf gehabt. Die Kommunalwahl fand am 8. März 2026 statt. Am 22. März fand die Stichwahl statt. Sie geht dann halt aus, wie sie ausgeht. Am kommenden Freitag, am 1. Mai 2026, treten Menschen in Bayern ihren Job in der Kommunalpolitik an. Jetzt ist überhaupt nicht der Zeitpunkt, sich darüber Gedanken zu machen, wie man sie abwählen oder wie man ihnen Steine in den Weg legen kann. Jetzt ist vielmehr der Zeitpunkt zu sagen: Herzlichen Glückwunsch! Danke, dass ihr die Aufgabe übernehmt. Viel Erfolg im Sinne des Gemeinwohls, im Sinne der Gemeinden und im Sinne des Landkreises. Das ist das Gebot der Stunde für Demokratinnen und Demokraten!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Vielleicht liegt es bei der AfD auch daran, dass sie nach der Kommunalwahl in über 2.000 Gemeinden keinen einzigen Ersten Bürgermeister und keine einzige Erste Bürgermeisterin stellen. Das ist auch gut so. Das ist von den bayerischen Wählerinnen

und Wählern auch klug so, weil man mit Populismus, mit Ausländerhass und mit dem Aufbauschen von Problemen keine Gemeinde regieren kann. Deswegen bin ich froh darüber, dass wir in Bayern nicht die Situation haben, wie wir sie in anderen Bundesländern vorfinden.

Im Übrigen können Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auch ihr Amt verlieren. Ja, das ist auch der Fall. Wenn man das Beamtenrecht anschaut, stellt man fest: Man kann seines Amtes enthoben werden – bei schweren Straftaten, bei Dienstunfähigkeit oder bei disziplinarischen Maßnahmen.

Ich möchte es mal so sagen: Wenn wir uns überlegen, wie oft wir in dieser Legislaturperiode des Bayerischen Landtags die Immunität von AfD-Abgeordneten aufgehoben haben, muss man feststellen: Die AfD kann froh sein, dass Abgeordnete des Bayerischen Landtags nicht nach demselben Recht wie bayerische Bürgermeister behandelt werden; denn ich weiß nicht, ob all ihre Jobs für die gesamte Legislaturperiode des Bayerischen Landtags sicher wären.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Auf kommunaler Ebene brauchen wir zur Stärkung der Demokratie genau das, was der Kollege Holz vorgetragen hat. Das ist der Rückhalt, wenn schwierige Entscheidungen getroffen werden, die nicht jedermann gefallen und nicht jedermann gefallen können. Das ist der Rückhalt insbesondere für die Sicherheit kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger gegen Bedrohungslagen aller Art und auch von extremistischen Seiten aller Art. Wir brauchen zur Stärkung der Demokratie vor Ort finanzielle Gestaltungsfreiheit. Wenn man dauerhaft in der Mangelverwaltung ist, dann wird die Freude weniger und die Zustimmung in der Bevölkerung lässt nach. Deswegen ist es so wichtig, einen kommunalen Finanzausgleich zu haben. Darum ist es so wichtig, Stabilisierungshilfen zu haben. Darum ist es auch wichtig, die Kommunen dauerhaft strukturell zu stärken. Das ist unser Ansinnen seit jeher.

Entscheidend ist – und das macht ja die kommunale Ebene aus –, dass wir nicht auf der Basis von Fake News und Populismus entscheiden, sondern mit Sachinformationen und Gemeinwohlorientierung behutsam und mit Augenmaß vorgehen. Das Miteinander ist das Ziel statt des gegenseitigen Auspielens von Gruppen. Darum ist es auch so, dass Mitglieder der AfD, wenn sie in solchen Räten sind, zumindest in den letzten sechs Jahren, überwiegend mit Stillschweigen aufgefallen sind, Gott sei Dank.

(Andreas Winhart (AfD): So ein Schmarrn! So ein Quatsch!)

Populismus funktioniert im Internet; aber er funktioniert nicht in einem kommunalen Gremium. Meine Damen und Herren, das ist auch gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Wenn wir uns das Thema Bürgerbeteiligung und das Thema der Weiterentwicklung von Bürgerentscheiden anschauen, dann ist es entscheidend, in einem wertschätzenden Dialog auf Augenhöhe mit Transparenz Betroffene zu Beteiligten zu machen und insgesamt mit dem Grundsatz "Vertrauen statt Misstrauen" voranzugehen. Dann werden auch sinnvolle und vernünftige Entscheidungen getroffen. Das ist der bayerische Weg. Das ist auch der Weg, den die große Mehrheit des Hohen Hauses hier geht. Aus diesen Gründen ist der Gesetzentwurf der AfD abzulehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Martin Huber von der AfD-Fraktion gemeldet.

**Martin Huber (AfD):** Herr Becher, ich habe schon viele Reden von Ihnen gehört; aber diese war die unsachlichste, die Sie bisher gehalten haben. Das muss ich Ihnen mal ganz klar sagen.

(Beifall bei der AfD)

Was soll man von einem GRÜNEN schon erwarten? Dass Sie uns Ausländerhass vorwerfen – mein lieber Freund! –, ist wirklich ein Hammer.

(Unruhe – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

– Sie brauchen gar nicht so zu schreien da drüben.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Ihr seid rechtsextreme Rassisten! – Unruhe bei der AfD  
– Glocke des Präsidenten)

Da nehme ich Sie einmal in meinen Landkreis mit. Wenn ich zu meinen ausländischen Freunden ins Lokal gehe, dann werde ich per Handschlag begrüßt. Und dann wird uns hier so was vorgehalten. Wir wollten doch nur darauf aufmerksam machen: Wenn ein gravierender Missstand besteht, sollte man eine Möglichkeit schaffen, die andere Bundesländer schon haben. Mehr wollten wir eigentlich nicht. Dass Sie hier so reagieren – –

Sie sagen, Sie haben langjährige Erfahrung. Ich bin bereits 36 Jahre lang Kommunalpolitiker.

(Zurufe)

Die Kommunalpolitik gehört gestärkt. Darüber brauchen wir nicht reden. Dass Sie so unsachlich argumentieren – –

Und dem Kollegen von der CSU sage ich: Mein lieber Freund, das ist schwach!

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Holz (CSU))

– Das glaube ich weniger. Da musst du noch viel lernen. Da gehst du noch mal in die Schule bei mir. Das ist aber sicher.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe von der CSU)

Herr Becher, noch mal: Wenn Sie der Meinung sind, dass das nicht nötig ist, dann können Sie es sachlich sagen.

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Kollege Becher, bitte schön.

**Johannes Becher (GRÜNE):** Herr Vizepräsident, ich warte noch so lange, bis sich der Blutdruck wieder senkt und der Kollege Huber wieder zuhören kann. – Herr Kollege Huber, wissen Sie: Ihren ausländischen Freunden empfehle ich, dass sie sich ein paar Reden Ihrer Kollegen, die sie hier vorne halten, einmal zu Gemüte führen. Wenn ich mir das so anschau, stelle ich fest: In der letzten Legislaturperiode des Bayerischen Landtags war die AfD schon extrem; in dieser Legislaturperiode hat sie sich aber noch einmal deutlich radikalisiert.

(Lachen bei der AfD – Zurufe von der AfD)

Egal, um welches Problem es geht, am Ende finden Sie immer eine Kurve dazu, dass die Ausländer schuld sein sollen.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Die Strategie, zu sagen: "Ich bin keiner von denen, und wir sind ja gar nicht so", die Strategie der Verharmlosung ist bekannt, aber nicht minder gefährlich. Entweder Sie ticken auch so, oder Sie tolerieren solche Leute. Herr Huber, wenn Sie das anders sehen, steht es Ihnen frei, die AfD-Fraktion zu verlassen. Wenn Sie Schneid haben, dann machen Sie das! Ich bin gespannt.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Der nächste Redner ist der Abgeordnete Felix Locke für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Felix Locke (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Becher, Sie haben schon viele Reden hier gehalten.

Ihre Rede gerade war eine der sachlichsten, die Sie bisher vorgetragen haben. Vielen lieben Dank dafür.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der SPD)

Ich kann den Ausführungen des Kollegen Becher nur zustimmen. Lieber Kollege Huber, Sie sind immer der Erste, der aufschreit und sich mit einer Zwischenbemerkung ans Mikrofon begibt, wenn es darum geht, die AfD in dem Lichte zu zeigen, wie sie gerade ist, nämlich ausländerfeindlich und rechtsextrem. Wenn Sie wirklich Schneid haben und wenn Sie wirklich das verkörpern, was Sie mit Ihren Zwischenbemerkungen immer vorbringen, dann verlassen Sie doch endlich die AfD-Fraktion, oder geben Sie einfach zu, dass auch das nur ein Schauspiel ist und Sie genauso rechtsgesinnt sind wie Ihre Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der SPD)

Zur Wahrheit gehört auch: Auch eine potenzielle Abwahl eines Bürgermeisters wird nicht dazu führen, dass in den nächsten zwanzig Jahren ein AfD-Bürgermeister in Bayern eine Gemeinde führen darf; denn die bayerischen Bürgerinnen und Bürger wissen ganz genau, wes Geistes Kind Sie sind. Mit einem solchen Gesetz, das Sie hier vorbringen, wollen Sie die Demokratie nicht stärken, wie Sie immer wieder vortragen, sondern gezielt schwächen. Wir als bayerischer Staat und als Bayerische Staatsregierung sowie die Mehrheitsopposition stehen an der Seite unserer Kommunen. Wir stehen an der Seite der Bürgerinnen und Bürger und besonders an der Seite der Bürgermeister.

Wir hatten eine anspruchsvolle Zeit mit viel Wahlkampf. In vielen Gemeinden gab es große Veränderungen. Bei den letzten Wahlen, insbesondere bei den Stichwahlen, sind etablierte Bürgermeister und Landräte abgewählt worden. Jetzt wäre es das falsche Signal, den Bürgerinnen und Bürgern einen Dauerwahlkampf zu suggerieren.

Vielleicht geht ein Bürgermeister eine wichtige Reform an, die vielleicht auch der Grund für eine Veränderung an der Stadtspitze war. Es wäre falsch, die Bürgermeister in die unangenehme Situation zu bringen, Angst davor haben zu müssen, bei nötigen und wichtigen Entscheidungen eine Minderheit gegen sich aufzuwiegeln, die dann mit einem Bürgerbegehren wieder Dauerwahlkampf gegen den Bürgermeister macht und ihm mit der Abwahl droht.

Politik braucht eines: Politik braucht Verlässlichkeit. Genauso wie diese Staatsregierung in den letzten Jahren verlässlich Politik gemacht hat, tragen wir dieses Signal jetzt auch heraus und sagen ganz klar: Wir stehen zu unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und unterstützen sie, auch bei unangenehmen Entscheidungen und bei unangenehmen Themen. Wir geben denjenigen Rückhalt, die diese unangenehmen Entscheidungen auch mal treffen müssen, vielleicht bei Gegenwind einer Minderheit. Sie sollten nicht bei jeder Entscheidung Angst davor haben, das scharfe Schwert eines Bürgerbegehrens auszulösen. Das führt vielleicht nicht dazu, dass der Bürgermeister abgewählt wird, weil auch die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dann immer noch versteht, dass diese Entscheidung getroffen werden muss. Wir können jedoch ein bisschen Ruhe in die doch zugespitzte und angespannte Lage in unserem Freistaat bringen.

Wir stehen zum Respekt des Amtes. Wir stehen zu der Wählerentscheidung. Wir stehen zu denjenigen, die gewählt worden sind. Absolutes Wahlrecht bedeutet auch, dass man als Bürgermeister 50 % plus x bekommen muss. Dieses Vertrauen sollten wir jetzt den neu gewählten und wiedergewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern geben. Wir sollten nicht aus diesem Hohen Haus ein anderes Signal setzen. Deswegen bleiben wir bei unserer Haltung: Ganz klares Nein zu diesem doch wieder nur populistisch gemeinten Gesetzentwurf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Für die SPD-Fraktion hat Kollegin Christiane Feichtmeier das Wort. Bitte schön.

**Christiane Feichtmeier (SPD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch in Zweiter Lesung gilt für uns ganz klar: Wir lehnen diesen Gesetzentwurf ab. Die AfD konstruiert hier eine angebliche demokratische Lücke. Aber diese Lücke gibt es nicht. Bayern hat stabile und bewährte kommunale Strukturen. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister werden direkt gewählt mit einer klaren demokratischen Legitimation für sechs Jahre. Genau diese sechs Jahre braucht es auch; denn Kommunalpolitik lebt von Verlässlichkeit und Kontinuität. Wer ernsthaft Projekte voranbringen will, ob beim Wohnungsbau, bei Schulen oder Infrastruktur, braucht Planungssicherheit. Ihr Vorschlag würde genau das zerstören.

Was bedeutet Ihr Gesetzentwurf konkret? – Bis zu zweimal pro Wahlperiode kann ein Abwahlverfahren angestoßen werden. Das heißt faktisch: Alle paar Jahre Wahlkampf. Die Folge ist doch absehbar. Kein Bürgermeister und keine Bürgermeisterin wird noch mutige oder unpopuläre, aber notwendige Entscheidungen treffen. Projekte bleiben liegen, Kommunen geraten in Stillstand. Das ist nicht mehr Demokratie, das ist Blockade.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zudem wird oft übersehen, dass es bereits funktionierende Kontrollmechanismen gibt. Der Gemeinderat übt Kontrolle aus. Die Rechtsaufsicht kann eingreifen. Bei Fehlverhalten greift selbstverständlich das Disziplinarrecht. Wir haben also Instrumente. Wir brauchen kein zusätzliches politisches Druckmittel. Unsere Gemeinden sind stabil, leistungsfähig und bürgernah. Genau das sollten wir erhalten.

Deshalb bedanke ich mich bei allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern für ihre Arbeit und wünsche ihnen von hier aus für die nächsten sechs Jahre von ganzem Herzen alles Gute und viel Erfolg. Diesen Gesetzentwurf braucht es definitiv nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Für die Staatsregierung hat sich Herr Staatsminister Joachim Herrmann zu Wort gemeldet. Herr Staatsminister, bitte schön.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Demokratie bedeutet, dass unser Volk Mandate auf Zeit vergibt. Sie sind manchmal zur Wiederwahl geeignet. Manchmal ist das auch gesetzlich ausgeschlossen. Auf jeden Fall haben wir jetzt gerade wieder eine Kommunalwahl erlebt, bei der die Bürgerinnen und Bürger von ihrer Freiheit Gebrauch gemacht haben. Viele Mandatsträger haben sie in ihrem Amt bestätigt. Andere haben sie eben nicht bestätigt und sich für einen neuen Kandidaten oder eine neue Kandidatin entschieden. Das ist Demokratie, wie sie leibt und lebt in unserem Land und wie sie von den Bürgerinnen und Bürgern auch wertgeschätzt wird. Mandate jederzeit abrufbar zu machen, würde nur zu einem Dauerwahlkampf in jeder Gemeinde führen, weil sich überall jeweils eine Partei findet, die sagt: Jetzt könnte man eigentlich einmal schauen, ob man nicht den amtierenden Oberbürgermeister oder die Landrätin wieder vom Amt ablösen kann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch wenn die Mehrheit dagegen ist, findet dann ständig nur Wahlkampf statt. Das ist das Gegenteil von dem, was wir gerade in der heutigen Zeit in unserem Land brauchen. Ja, es waren freie, unabhängige und klare Wahlen. Jetzt müssen unsere Kommunalpolitiker ihren Job machen. Jetzt müssen sie ihren Aufgaben nachgehen. Es gibt genug zu tun in unserem Land. Die Kommunalpolitiker haben in den nächsten Jahren auch alle Hände voll zu tun, gar keine Frage. Dabei wollen wir sie bestmöglich unterstützen, aber nicht jeden an jedem Tag abrufbar machen. Das bringt unser Land gerade in demokratischen Fragen nicht weiter. Aber bei einer Partei, die eigentlich unsere Demokratie zerstören will, hatte ich auch gar nichts anderes erwartet. Ich bitte darum, den Gesetzentwurf abzulehnen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/8937 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind alle übrigen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, gebe ich noch das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 4, bekannt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 151 Abgeordnete teilgenommen. Keine Stimme war ungültig. Auf Herrn Abgeordneten Martin Böhm entfielen 27 Ja-Stimmen und 123 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten hat sich eine Abgeordnete bzw. ein Abgeordneter. Damit hat Herr Abgeordneter Martin Böhm nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Der Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Jetzt gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 5, bekannt. Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An dieser Wahl haben 150 Abgeordnete teilgenommen. Keine Stimme war ungültig. Auf Herrn Abgeordneten Harald Meußgeier entfielen 27 Ja-Stimmen und 122 Nein-Stimmen. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit hat der Abgeordnete Harald Meußgeier nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt.